

16 ▶ Dezember 2003

europarot

Infoblatt der
Delegation der PDS
in der Fraktion GUE/NGL im Europaparlament



Talibankommandeur Sakcharaki aus Nordafghanistan

Die Machtpolitik der USA in Afghanistan

Von Dr. André Brie, MdEP

Mit beträchtlicher Verzögerung wurde am 2. November der Entwurf der neuen afghanischen Verfassung veröffentlicht. Für eine öffentliche Diskussion blieb kaum noch Zeit. In einem so zerstörten Land – und das nicht nur physisch, sondern auch kulturell – hätte eine politische Debatte über die Verfassung einige Monate erfordert. Sie wäre eine große Chance gewesen, das zerrissene Land zusammenzuführen. Diese Chance ist den Kämpfen der lokalen Kriegsherren, den fundamentalistischen Bestrebungen konservativer islamischer Kreise und vor allem der Absicht der Bush-Administration geopfert worden, in Afghanistan die eigenen machtpolitischen Ziele durchzusetzen. Als ich im Sommer das Land zum ersten Mal besuchte, kam ich in den „Genuss“ eines Briefings durch den

Kommandeur der US- und Koalitionstruppen, General Vines. Sein letzter Satz lautete: „Ziel der Vereinigten Staaten ist eine Regierung in Afghanistan, die bereit wäre, die USA jederzeit zurück in das Land zu holen, wenn dies erforderlich sein sollte.“

Ein Parlament soll vorerst nicht gewählt werden, stattdessen nur der von den USA ausgewählte Präsident Karzai. Ihn stattet die Verfassung mit einer fast beispiellosen Macht aus. Die Wahl darf wahrscheinlich im Herbst 2004 stattfinden. So wird Bush in den eigenen Wahlkampf mit einem angeblichen Erfolg gehen können, den er angesichts der katastrophalen Situation im Irak dringend benötigt. Doch auch in Afghanistan ist die Lage bedrohlich. Vor allem für die dort lebenden Menschen.

Die Macht der Regierung reicht bis zum Stadtrand der Hauptstadt. Aber auch die-

Fortsetzung auf Seite 2

Ermutigende Zeichen

In Brüssel und Guatemala, in Havanna und Santiago hatten sie sich in den letzten Jahren getroffen – die Linken aus Lateinamerika und Europa. Diesmal kreuzten sich ihre Wege auf dem Europäischen Sozialforum in Paris. Das Treffen des Arbeitskreises des Forums von Sao Paulo, ein breites Bündnis von sozialistischen, kommunistischen und Umweltparteien Lateinamerikas, und der Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) stand zwar nicht auf dem offiziellen Veranstaltungskalender des Sozialforums, doch sein Anliegen ordnete sich nahtlos in die Ziele der weltumspannenden globalisierungskritischen Bewegung ein, die nicht von ungefähr ihren Ausgangspunkt in Porto Alegre hatte.

Das Treffen in Paris diente vor allem dem Austausch von Erfahrungen und der Suche nach Möglichkeiten der Kooperation im Kampf für eine andere, für eine bessere Welt. Mit diesem Ziel ist Lateinamerika wie keine andere Region der Welt in den letzten Jahren in Bewegung gekommen. Die Erfolge der vereint handelnden progressiven Kräfte in Brasilien, Venezuela und Ekuador und möglicherweise demnächst bei den Wahlen in Uruguay und El Salvador sind ermutigende Zeichen und geben auch für die Linken im „alten Europa“ Impulse. Am Beispiel ihrer Länder schilderten Vertreter des Forums, wie an der Basis partizipative Demokratie durchgesetzt und praktisch und wirksam der außerparlamentarische mit dem parlamentarischen Kampf verknüpft wird.

Die europäische Linke kann, wenn sie entschlossen ist, ihren Kampf kooperativer zu gestalten, viel von Lateinamerika lernen. Es wird ihr Schade nicht sein – ganz im Gegenteil. In der EU sind mehr denn je Gegenkräfte gegen Sozialabbau, Einschränkung der Demokratie und wachsende Militarisierung gefordert. Die Wahlen zum Europäischen Parlament werden dafür eine wichtige Probe sein.

Dr. Hans Modrow, MdEP

Fortsetzung von Seite 1

Die Machtpolitik der USA in Afghanistan

se Beschreibung ist beschönigend. Denn der von schwer bewaffneten amerikanischen GIs bewachte Präsident hat zwar die USA hinter sich, aber seinen eigenen Verteidigungsminister Fahim gegen sich. Der verfügt faktisch nicht nur über die von der Nordallianz dominierten Kabuler Sicherheitskräfte, sondern über eine Privatarmee mit einem umfangreichen Arsenal schwerer Waffen. Im Norden Afghanistans haben sich Warlords wie die Generäle Dostum und Atta ihre Herrschaftsgebiete gesichert, die von der Zentralregierung nicht in Frage gestellt, sondern lediglich durch die periodischen Machtkämpfe untereinander oder durch lokale Feldkommandanten vergrößert oder verkleinert werden. Im Westen (Herat) herrscht der Gouverneur Ismail Khan wie ein absolutistischer Fürst, finanziell gut ausgestattet, weil die reichlich fließenden Zölle an der afghanisch-iranischen Grenze nicht nach Kabul, sondern in seine Taschen fließen. Im Süden und Osten Afghanistans haben sich die Taliban neu organisiert und sind wieder in der Lage, weite Landstriche zu verunsichern und zu kontrollieren (z.B. zwei Drittel der Provinz Zabul).

Als wäre es für dieses, durch 25 Jahre Krieg gepeinigtes Land nicht genug, greift unter der Aufsicht der UNO und der USA die Drogenproduktion (Schlafmohn, das Ausgangsprodukt von Heroin) um sich. In diesem Jahr wird jeder Rekord übertroffen werden, nachdem der Anbau im letzten Jahr der Taliban-Herrschaft fast zum Erliegen gekommen war. Anbau und vor allem Opium- und Heroin-Handel sind eine neue, reichlich sprudelnde Finanzierungsquelle für die Warlords und einige Gouverneure. Waffen- und Menschenhandel, viele Formen von Kriminalität und immer wieder aufflackernde Gefechte zwischen konkurrierenden Gruppen sind unmittelbar mit dieser Entwicklung verbunden. Leidtragende sind die Menschen in Afghanistan, die sehnlichst nur eins wollen: Frieden. Sie sind, ich hörte es überall und von jeder und jedem, nicht mehr fähig, Krieg zu ertragen, und sie sind es auch nicht gewillt. Aber ihre Meinung zählt auch heute wenig. Paradoxerweise werden die Warlords und Drogenbarone der Nordallianz finanziell, militärisch und politisch weiter von den USA unterstützt, obwohl sie eine Gefahr für die Herrschaft Karzais sind und das afghanische Heroin



Pakistanische Gefangene im Gefängnis von Sherberhan

den europäischen Markt überschwemmt. Wie ist das zu erklären, fragte ich meine afghanischen Gesprächspartner oder die mich. Wir wussten nur eine Antwort: Das Interesse der USA an diesem bettelarmen Land ist gering. Sie brauchen kein stabiles, friedliches Afghanistan, sondern ein unsicheres, konfliktreiches, um ihren imperialen Militarismus und die ungeheuren Rüstungsausgaben innenpolitisch begründen und durchsetzen zu können.

Die Europäische Union und ihre Mitgliedsländer hätten ebenso wie die UNO die Verantwortung und die Möglichkeit einer entschiedenen anderen Politik: Abrüstung der Privatarmeen, reale Stärkung der zentralen afghanischen Institutionen (Regierung, Polizei, nationale Armee), vor allem politische, moralische, finanzielle Unterstützung der Zivilgesellschaft und der gar nicht so schwachen demokratischen Gemeinschaft in Afghanistan. Viele europäische Diplomaten und Militärs, die ich traf, sehen das durchaus ähnlich. Aber wieder einmal ist die EU nicht zu gemeinsamer Politik in der Lage und schon gar nicht bereit, sich der US-Administration entgegenzustellen.

Dennoch kam ich etwas zuversichtlicher von meiner zweiten Reise zurück als im Juni. Ich hatte diesmal Dutzende Frauen und Männer getroffen, die demokratische Parteien, demokratische Medien und offene politische Diskussionen organisieren, viele mit landesweiten Strukturen und vielfach auch miteinander über ihre sonstigen politischen Grenzen hinweg im Gespräch. In Afghanistan besteht eine demokratische Öffentlichkeit. Sie wird vom „Westen“ weitgehend ignoriert. Sie ist schwach gegen die derzeit herrschende Macht der Waffen. Aber intellektuell, kulturell und mit ihrem ansteckenden Optimismus gehört ihr vielleicht die Zukunft. ■

Lebensmittel müssen gesund und sicher sein

Von Christel Fiebiger, MdEP

Im Europäischen Parlament sind Fragen der Lebensmittelsicherheit ein „Dauerbrenner“. Kein Wunder, denn Lebensmittel- oder Futtermittelskandale machen immer wieder die Runde. Verbraucher werden getäuscht, abgezockt oder gesundheitlichen Gefahren ausgesetzt.

Eine eigens zur Risikobewertung und Überwachung von Lebensmitteln eingerichtete „Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit“ (EBSL) wird deshalb die wissenschaftliche und analytische Arbeit bei Rohstoffen und Lebensmitteln in der EU zusammenführen. Trotzdem dürfen Bund und Länder die ihnen obliegenden Inspektionen bei den 30.000 verschiedenen Lebensmittelartikeln in Deutschland nicht dem Sparprinzip opfern. Selbstkontrolle und Selbstverpflichtungen der Hersteller sind keinesfalls ausreichend. Es bedarf einer verstärkten unabhängigen staatlichen Kontrolle, an der sich die Unternehmen finanziell beteiligen. Es kann nicht sein, dass immense Gewinne in der Lebensmittelbranche privatisiert werden und letztlich nur die Steuerzahler für die Kontrollaufgaben aufkommen.

Der Schutz der Verbraucher vor gesundheitlichen Risiken sowie rechtlichen und wirtschaftlichen Nachteilen muss Vorrang vor Kapitalinteressen haben. Prämissen dafür sind:

- Anerkennung des Verbraucherschutzes als durchgängiges Leitprinzip im EU-geregelten Lebensmittelrecht, einschließlich des Schutzes vor Täuschung und unzureichender Kennzeichnung,
- Ausschluss gesundheitlicher Risiken sowie Berücksichtigung der Umweltbelange und ethischer Wertvorstellungen bei der Lebensmittelproduktion und -hygiene,
- Demokratische Erarbeitung eines Verbraucherleitbildes für alle EU-Mitgliedsstaaten, in dem die Verbraucherrechte EU-weit nach demokratischer Mitgestaltung, Transparenz, Verbraucherinformation, Wahlfreiheit und Vorsorge zu Gesetzeszwecken erklärt werden,
- Festschreibung von Verbraucherschutzstandards bei den WTO-Verhandlungen,
- Stärkung der gesellschaftlichen und politischen Autorität von Verbraucherschutzorganisationen ►►

Bodenreformerben vor europäischem Gericht

Am 18. September fand die mündliche Verhandlung der Beschwerde von enteigneten Neubauern-Erben vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg statt. Das ist ein politischer Erfolg im jahrelangen Kampf gegen die Diskriminierung ostdeutscher Bürger, unabhängig vom Ausgang des Verfahrens. Dem ging voraus, dass der Bundestag und nationale Gerichte – bis zum Bundesverfassungsgericht – sich geweigert hatten, die entschädigungslose Enteignung ostdeutscher Bürger, die Erben von Bodenreformgrundstücken waren, rückgängig zu machen.

Zur Erinnerung: Die Modrow-Regierung hat mit einem Gesetz, das am 6. März 1990 in der Volkskammer der DDR beschlossen wurde, das Eigentum an Bodenreformland dem übrigen Eigentum nach dem Zivilgesetzbuch der DDR gleichgestellt. Alle Beschränkungen, die dieses Eigentum betrafen, wurden aufgehoben. Der Bundesgesetzgeber deutete dieses Gesetz mit dem Einführungsgesetz zum BGB in Ostdeutschland um und setzte bereits abgeschafftes DDR-Recht wieder in Kraft. Im Ergebnis wurden 70.000 Erben von Bodenreformgrundstücken entschädigungslos enteignet. Das ist ein in der Geschichte der BRD einmaliger Vorgang.

Die PDS hat sich immer für die davon Betroffenen eingesetzt. Das gilt namentlich für Hans Modrow. Der Europaabgeordnete hat in Wahrnehmung seiner Obhutspflicht als Ministerpräsident a. D. in einer politischen Erklärung an den Gerichtshof sich dagegen verwahrt, dass die im Prozess der Deutschen Einheit im Interesse der Bürger der DDR erlassenen Gesetze durch die Bundesrepublik aufgehoben

►► Aber auch bei bester Lebensmittelsicherheit resultieren zahlreiche Zivilisationskrankheiten aus der heutigen Ernährung. Allein in Deutschland betragen die dadurch verursachten Gesundheitskosten 65 Mrd. Euro pro Jahr. Die Hinwendung zu einer qualitativ vielseitigen Nahrung könnte eine Synergie zwischen Gesundheitsvorsorge und nachhaltiger Landwirtschaft bewirken. Eine solche Nahrung ist nicht zu „Ramschpreisen“ zu haben. Trotzdem muss sie bezahlbar bleiben. ■

ben oder negiert werden. Auch seine Kollegin Christel Fiebiger engagiert sich seit Jahren gegen die Abwicklung der Bodenreform.

Nach der Verhandlung in Straßburg wurden die ehemaligen Großgrundbesitzer und ihre Erben aktiv. Ihr Verein ARE versucht, die kämpfenden Erben von Neubauern mit der Behauptung, sie säßen in einem Boot gegen die Bundesregierung, für ihre Interessen zu vereinnahmen. Dieser Bauernfängerei erteilte der Verein zur Verteidigung der Bodenreform Mecklen-

burg/Vorpommerns eine klare Absage. Während seine Mitglieder gegen das Unrecht bundesdeutscher Enteignung, also für die Respektierung der Bodenreform kämpfen, wollen die Alteigentümer das Gegenteil. Ihre bei europäischen Gerichtshöfen anhängigen Beschwerden zielen auf die Revision der Ergebnisse der Bodenreform von 1945/46 und damit des Einigungsvertrags, zumindest jedoch auf höhere Ausgleichsleistungen zu Lasten des Steuerzahlers. ■

Dr. Hans Watzek

LPG-Altschulden-Gesetz muss anders werden

Im Bundestag wird derzeit ein Gesetzentwurf zur Änderung der Regelungen über landwirtschaftliche Altschulden aus DDR-Zeiten beraten. Die Europaabgeordnete Christel Fiebiger kritisierte den Entwurf in einer Erklärung vom 18. Oktober. Europarot sprach mit ihr darüber.

Die Altschuldenfrage ist ein deutsches Thema, keins der EU. Warum hast Du Dich trotzdem zu Wort gemeldet?

Christel Fiebiger ■ Mich bewegt die Frage seit über 13 Jahren. Als PDS-Agrarpolitikerin habe ich stets für eine vernünftige Lösung gekämpft. Kollegen aus anderen EU-Ländern schütteln nur den Kopf, wie schwer sich Deutschland tut, seine aus der Teilung resultierenden Probleme zu lösen.

Worin besteht das Altschuldenproblem?

Christel Fiebiger ■ Die LPGs waren 1990 mit 3,9 Mrd. Euro Krediten belastet. 18% dieser Summe wurde ihren Rechtsnachfolgern erlassen; bei Treuhandunternehmen 100%. Obwohl die kreditfinanzierten Stallanlagen, Rohbraunkohlelieferungsanlagen und selbst Wohnhäuser zum größten Teil marktwirtschaftlich nicht nutzbar waren, scheiterte die geforderte Wertberichtigung der Altkredite an der damals regierenden CDU, CSU und der FDP. Es kam zu einer bilanziellen Entlastung durch Rangrücktrittsvereinbarungen in Höhe von rund 2 Mrd. Euro. Obwohl diese Schulden mit 20% des Gewinns

vor Steuer bedient werden müssen, hat sich die Altschuldenlast – insb. wegen der aufgelaufenen Zinsen in Höhe von rund 1 Mrd. Euro – bis heute vergrößert.

Mit dem Gesetz soll nun der Abführungssatz auf 65% erhöht und eine betriebsindividuelle Ablöseregelung eingeführt werden.

Was spricht dagegen?

Christel Fiebiger ■ Mehrere Jahre zwei Drittel des Gewinns abführen zu müssen, wäre verheerend für die Eigenkapitalbildung, die Investitionen, den Kapitaldienst für Neukredite und die Bonität der betroffenen Unternehmen. Zugleich ist die Ablöseregelung so gestaltet, dass den wenigsten Unternehmen die Chance einräumt wird, ihre Altschulden aus eigener Kraft ablösen zu können.

Was wäre die Alternative?

Christel Fiebiger ■ Ein niedrigerer Abführungssatz, eine die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe stärkende Ablöseregelung und die Umsetzung des PDS-Vorschlages, den Teil der Altschulden zu streichen, der bei der Teilentschuldung nach Art. 25 Abs. 3 des Einigungsvertrages als entschuldungsfähig anerkannt worden ist, aber wegen der damals auf 0,7 Mrd. Euro begrenzten Mittel, nicht entschuldet wurde.

Mehr Infos unter www.pds-europa.de oder www.christel-fiebiger.de

Europas Linke: Der Berg kreist ...

GUE/NGL- Fraktion auf internationaler Konferenz in Warschau präsent

Von Dr. Hans Modrow, MDEP

Nur ein reichliches halbes Jahr trennt uns von den Wahlen zum neuen Europäischen Parlament, in das erstmalig auch Abgeordnete aus den 10 neuen Mitgliedstaaten gewählt werden. Wie groß und wie stark künftig unsere Fraktion im neuen Parlament vertreten ist, hängt maßgeblich davon ab, wie sich die europäischen Linksparteien in den verbleibenden Monaten organisatorisch und inhaltlich auf ein gemeinsames Vorgehen verständigen können. Die Bemühungen in Richtung einer Vereinigten Europäischen Linken sind in letzter Zeit auf verschiedenen Ebenen intensiviert worden, doch noch kreißt der Berg nur . . .

Bevor das Projekt Gestalt annimmt, ist ein Klärungsprozess unumgänglich. Dem diente auch eine internationale Konferenz Ende Oktober in Warschau, die sich mit der Frage „Demokratische Linksparteien in Europa – politisches Zukunftsprojekt in der erweiterten Europäischen Union?“ beschäftigte. Francis Wurtz, Fraktionsvorsitzender der GUE/NGL setzte sich kritisch

mit der Bankenmacht, insbesondere der Rolle der Europäischen Zentralbank, auseinander und leitete daraus die Notwendigkeit einer wirkungsvollen linken Gegenmacht ab, die der neoliberalen Offensive auf allen Gebieten Einhalt gebieten kann. In meinem Beitrag habe ich unterstrichen, dass die europäische Linke aus allen der bald 25 Staaten umfassenden Union ihre Kräfte schöpfen muss. Die in der konföderalen Fraktion von 14 verschiedenen Parteien aus 10 Ländern gesammelten Erfahrungen in der gleichberechtigten Zusammenarbeit seien ein wertvoller Schatz, den es zu nutzen gelte. Eine erweiterte EU ohne eine starke Linke auf europäischer Bühne wäre ein herber Rückschlag – und dies nicht nur für fünf Jahre.

Redner aus Großbritannien, Polen und Tschechien analysierten die aktuellen Entwicklungsrichtungen in den europäischen Linksparteien nach dem Ende des Realsozialismus und dem Zusammenbruch der Sowjetunion und konstatierten mehrheitlich eine Tendenz zur Sozialdemokratisierung, besonders augenfäl-

lig in den Beitrittsstaaten, wo – mit Ausnahme Tschechiens – die Nachfolgeparteien der ehemals regierenden kommunistischen Parteien voll im Fahrwasser der Sozialistischen Internationale segeln. Es gebe nicht wenige Beispiele dafür, dass gerade sozialdemokratisch geführte Regierungen in den Beitrittsländern den von der EU diktierten Anpassungsprozess noch schärfer exekutieren als bürgerliche Kabinette, ohne auf entschlossenen parlamentarischen und außerparlamentarischen Widerstand zu stoßen.

Ob Europa reif ist für eine Vereinigte Linke als ein Sammelbegriff für Sozialisten, linke Sozialdemokraten, Grüne, kommunistische Parteien, progressive Bewegungen und Organisationen, bleibt offen, aber was die Linke braucht, ist eine linke Europapartei, in der sich jene Parteien zusammenschließen, die auch für eine linke Fraktion im neuen Europäischen Parlament eintreten. ■

We don't need no education?!

Bildung in der EU nur noch für Reiche?

Von Feleknas Uca, MDEP

Die gravierenden Veränderungen in der Bildungspolitik der Europäischen Union beschäftigten auch das Sozialforum in Paris. Gegenstrategien zu entwickeln zur zunehmenden Kommerzialisierung von Bildung nach den Vorgaben der Wirtschaft ist dringend geboten. Seitdem der Europäische Rat 2000 beschlossen hat, die EU zum „dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen“ – nichts anderes als eine beschönigende Umschreibung für knallharte profitorientierte Wirtschaftspolitik –, sind die Umstrukturierungsmaßnahmen beschleunigt im Gange. Hierbei geht es nicht (nur) um GATS, durch das Bildung droht zu einer Dienstleistung zu werden, die wie jede andere Ware gehandelt werden kann. Nein, ganz ohne GATS wird die Neuausrichtung der EU-Bildungspolitik auf die Interessen der Wirtschaft schon unermüdlich vorangetrieben, maßgeblich be-

fördert von den Wirtschaftsverbänden, die die EU-Kommission bereits seit Jahren beraten. Dabei sind es weniger die Programmideen selber, die problematisch sind – so erschließt sich die Notwendigkeit einer stärkeren Vereinheitlichung von Studiengängen in einer EU mit bald 25 verschiedenen Bildungssystemen von allein; auch bietet computergestütztes E-Learning große Chancen, ebenso ist gegen Weiterqualifizierung im Rahmen lebenslangen Lernens nichts einzuwenden. Hochgradig problematisch sind jedoch die Nebeneffekte: Wenn Bildung darauf reduziert wird, für die Wirtschaft möglichst schnell die Voraussetzung für Verwertbarkeit auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen, sind generell geringere staatliche Bildungsstandards plausibel. Weiterführende Bildung wird so immer mehr in den Bereich der individuellen Eigenverantwortlichkeit gedrängt. E-Learning und das Konzept des lebenslangen Lernens unterstützen diesen Prozess – zusätzlich mit

dem von der Wirtschaft erwünschten Effekt, dass für E-Learning ein Computer gebraucht wird. Eine immer stärkere soziale Auslese ist vorgegeben.

Forderungen zu einer Veränderung der europäischen Bildungspolitik müssen hier ansetzen. Es kann nicht darum gehen, die Vereinheitlichung des Aufbaus von Studiengängen abzulehnen oder sich gegen Programme wie E-Learning einzusetzen: Es muss darum gehen, für alle Menschen das Recht auf Bildung sicherzustellen – kostenfrei und umfassend. Bildung darf kein Privileg der Reichen werden. Sie für ökonomisch Schwächere in Europa unerschwinglich werden zu lassen, bedeutet den Verzicht auf das Potenzial vieler Menschen. Es wäre nicht nur unsozial, sondern langfristig dumm, da es Europa in mehr als einem Sinn arm machen würde. ■



Frauen und Sport –



ein linkes Thema?

Von Feleknas Uca, MdEP

Ich muss zugeben: Es hatte mich überrascht, dass meine französische Kollegin Geneviève Fraisse aus der Fraktion der Vereinten Linken (GUE/NGL) einen Bericht zu Frauen und Sport im Europaparlament anfertigen wollte. Und doch: Sie hatte Recht. Ihr Bericht, der kürzlich in Straßburg verabschiedet worden ist, zeigt deutlich, wie wichtig gerade auch der Bereich Sport für eine emanzipative Politik ist.

Dies soll nicht schön reden, dass insbesondere Spitzensport auch vielfältige negative Auswirkungen hat: Die unbedingte Leistungs- und Gewinnerorientierung der kapitalistischen Gesellschaft spiegelt sich auch in der oftmals gnadenlosen (Selbst-) Ausbeutung der AthletInnen wider. Doping mit all seinen gesundheitsschädigenden Auswirkungen, schonungslose Trainingseinheiten von frühester Kindheit an, sexueller Missbrauch sind nur einige der Kehrseiten der glänzenden Sportwelt von Medaillen und Siegen.

Dennoch: Die positiven Effekte insbesondere des Breitensports sind vielfältig. So hat er eine nicht zu unterschätzende soziale und integrative Funktion. Das körperliche Training trägt dazu bei, ein Bewusstsein für die eigenen Stärken zu entwickeln, ganz zu schweigen von den positiven Auswirkungen auf die Gesundheit, gerade auch für Menschen mit körperlichen Einschränkungen oder Behinderungen. Sport spornt dazu an, die eigenen Grenzen auszuloten und zu erweitern. Jeder erzielte Erfolg stärkt das Selbstbewusstsein und das Gefühl für die eigenen Fähigkeiten. Sport fördert Teamgeist und trägt damit auch zu Verständigung und Toleranz bei. Gleichzeitig kann Sport einen Freiraum vor gesellschaftlichen und sozialen Zwängen und für eine Überprüfung der geschlechtsspezifischen Klischees bieten.

Welch emanzipatorisches Potenzial Sport hat, zeigte im Sommer die 22-jährige Lima Azimi: Ihr Start als erste afghani-

sche Sportlerin bei einer Leichtathletik-Weltmeisterschaft war eine unmissverständliche Absage an die Unterdrückung der Frauen in ihrem Herkunftsland. Allerdings kann auch die Symbolik nicht darüber hinwegtäuschen, wie gering die Spielräume für Frauen in Afghanistan weiterhin sind. So lief Lima Azimi in Paris erstmalig außerhalb einer Halle und konnte dies auch nur in langen Hosen tun.

Wenn auch die Situation der Frauen im Sport in Europa in keiner Weise mit der in Afghanistan vergleichbar ist – Grund zur Überheblichkeit besteht nicht. Von einer echten Gleichstellung sind Frauen auch in Europa weit entfernt. Dies zeigt sich schon allein daran, welche Sportarten mit Frauen und Männern assoziiert werden. Bei Frauen dürfte dies weiterhin eher Eiskunstlauf und Turnen sein – und nicht Basketball, Handball oder gar Hammerwerfen. Überholte geschlechtsspezifische Klischees sind gerade im Sport äußerst hartnäckig. Oder kann man sich vorstellen, dass einem männlichen Team als Prämie zur Erringung eines Europameistertitels ein Kaffeeservice überreicht worden wäre wie es der Frauenfußballnationalmannschaft geschah? Übrigens nicht in den 50er Jahren, sondern 1989!

Sport wird auch 15 Jahre später immer noch vor allem männlich definiert. Immer noch gibt es deutlich mehr männliche Spitzenathleten, die auch ungleich mehr Geld verdienen als ihre weiblichen Kolleginnen. In den Medien wird vor allem über männliche Sportler berichtet – die umfassende Frauenfußball-Berichterstattung bei der WM in den USA war eine positive Ausnahme, und es bleibt abzuwarten, wie lang das Medieninteresse bestehen bleibt. Aber nicht nur im Spitzensport, sondern auch im Freizeitsport gibt es deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede, was u.a. daran liegt, dass der Zugang zu Sportanlagen stark auf Männer ausgerichtet ist.

Ein paar Zahlen zur Veranschaulichung: In der Europäischen Union treiben zwar

relativ viele Menschen Sport, jedoch sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede erheblich: Nach eigenen Angaben betätigen sich 29,5% der Männer, jedoch nur 16% der Frauen regelmäßig körperlich. Bei den 15- bis 24-Jährigen sieht es proportional nicht viel besser aus: 63% der Jungen und nur 37% der Mädchen. Das bedeutet, dass im Gegensatz zu den Männern nur knapp über die Hälfte der Frauen Sport treibt. Noch finsterner wird es allerdings, wenn man sich das Betreuungspersonal bei internationalen Wettkämpfen ansieht: Bei den Olympischen Spielen 2000 in Sydney gab es immerhin 38% weibliche Athleten, jedoch war das sonstige Personal inklusive der Schieds- und Kampfrichter fast komplett männlich: Der Frauenanteil beim technischen und medizinischen Personal lag bei 8% bzw. 4%. Ganz zu schweigen davon, dass Frauen, wie in allen Führungspositionen, auch in den Führungsgremien der Sportinstitutionen völlig unterrepräsentiert sind. Dass dies keine Nebensache ist, wird spätestens dann klar, wenn man sich vor Augen führt, welch ein bedeutender Wirtschaftsfaktor der Hochleistungssport ist.

Auch regional gibt es riesige Unterschiede in der EU. So treiben nach einer Studie des Europarats von 1999 70% der schwedischen Frauen Sport, übrigens der gleiche Prozentsatz wie bei den Männern. In Italien sieht dies ganz anders aus: Hier waren es nur 15% der Frauen, verglichen mit 32% der Männer.

Hinzu kommt, dass es immer noch deutliche soziale Unterschiede beim Sport gibt. Es sind erheblich mehr Frauen aus höheren Schichten, die Sport treiben. Besonders unterrepräsentiert sind weiterhin Migrantinnen. Dabei könnte gerade hier Sport einen Beitrag dazu leisten, sich weiter zu emanzipieren und Veränderungen in Gang zu setzen. Und diese sind angesichts von Sozialabbau, Fremdenfeindlichkeit und einem immer härter werdenden sozialen Klima mehr als nötig.

Frauen und Sport – ein wichtiges Thema für linke Politik? Und ob! ■

Für ein Europa der sozialen Rechte in einer Welt ohne Krieg

Von Dr. Helmuth Markov, MdEP und Anne Quart

Unter dieser Forderung zogen am 15. November mehr als 80.000 Menschen auf der Abschlussdemonstration des Europäischen Sozialforums durch die Pariser Innenstadt. Vertreten waren vor allem französische und europäische Organisationen wie die Bauernorganisation Confédération paysanne, attac, Solidaritätskomitees mit Palästina, die Organisation der sans papiers, Gewerkschaften und linke Parteien. Der Demonstration waren drei debattenreiche Tage mit etwa 3.000 Veranstaltungen vorausgegangen. Die Themenvielfalt war dementsprechend groß und reichte vom Krieg im Irak und der Lage in Palästina über den gegenwärtigen Sozialkollaps in Europa, die Privatisierung öffentlicher Güter, den Demokratieverlust in den westlichen Gesellschaften, die Rechte von Einwanderern bis hin zu fairem Weltmarkt und nachhaltiger Entwicklung. Ein besonderer Schwerpunkt der Diskussion lag im Aufzeigen von Alternativen zu dem massiven Sozialabbau in allen europäischen Ländern, insbesondere in der Gesundheitsversorgung, dem Bildungswesen und den Rentensystemen, zur dramatischen Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse und dem Abbau von Arbeitnehmerrechten. Im engen Zusammenhang damit wurde der Verfassungsentwurf der Europäischen Union einer Kritik unterzogen, der mit seiner Verankerung neoliberaler Wirtschaftspolitik und einer Militarisierung der Europäischen Union den Forderungen nach einem sozialen und friedlichen Europa in keiner Weise gerecht wird.

Neben diesen inhaltlichen Schwerpunkten zog sich eine Frage wie ein roter Faden durch die Diskussion: Wie weiter mit der Bewegung? Die internationale Sozialforumsbewegung ist seit Jahren im Wachsen begriffen, nach den Weltsozialforen von Porto Alegre haben sich überregionale, nationale und lokale Sozialforen als Raum der Begegnung und der Koordination der unterschiedlichsten Akteure gebildet. Ihr gemeinsames Ziel ist die „andere Welt“, eine friedliche, soziale Welt. Trotz wichtiger Erfolge, so die Einschätzung vieler Teilnehmer/innen, hat es die Bewegung bisher nicht vermocht, maßgeblichen Einfluss auf die öffentliche Meinung zu nehmen, um einen Richtungswechsel in der aktuellen, neoliberalen Po-

litik zu ermöglichen und gesellschaftliche Strukturen zu verändern. Damit stelle sich die Frage nach der zukünftigen Strategie, mit der die notwendigen Veränderungen angestrebt werden sollen: Durch Annäherung an die bestehenden Strukturen, zum Beispiel durch Wahlbündnisse, oder durch Veränderung „von unten“, aus der Gesellschaft heraus?

In diesem Kontext fanden verschiedene Veranstaltungen statt, in denen Vertreter/innen globalisierungskritischer Organisationen, von Gewerkschaften und Parteien das Verhältnis von altermondialistischer Bewegung und Politik diskutierten. Einerseits wurde dabei die aktive Beteiligung von Parteien in der Sozialbewegung gewürdigt, andererseits vor der Gefahr einer Vereinnahmung der Bewegung durch die Politik gewarnt. Insgesamt kristallisierte sich jedoch die Überzeugung heraus, dass eine Zusammenarbeit zwischen Bewegung und Parteien insbesondere dort notwendig ist, wo es um das Ziel einer breiten Mobilisierung gegen Sozialabbau und Militarisierung der Außenpolitik geht.

Parallel zum Europäischen Sozialforum tagte in Paris-Bobigny das Europäische Parlamentarierforum als Fortführung der bisherigen Treffen des Internationalen

Gegen weitere Militarisierung der Europäischen Union

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des IV. Ständigen Forums der Europäischen Linken der Regionen (SFDEL-R) aus Tschechien, Polen, Sachsen und Brandenburg, die sich in der Zeit vom 14. bis 16. November 2003 in Kolberg (Brandenburg) trafen, bekräftigten in einer Erklärung die gemeinsame Aufgabe, für eine friedliche Zukunft, die Sicherung der sozialen Rechte der Menschen in Europa und für eine sozialistische Alternative zur heutigen Gesellschaft zu kämpfen. Entschieden wenden sie sich gegen eine weitere Militarisierung der Europäischen Union und eine sich zunehmend verschärfende aggressive Außen- und Sicherheitspolitik. Einer Pflicht zur Hochrüstung, wie sie im Entwurf der Europäischen Verfassung enthalten ist, werde man entschieden entgegengetreten. Man kämpft für eine Europäische Union, die das Völkerrecht und die UNO-Charta achtet, Krieg und militärische Gewaltanwendung zur Lösung von Konflikten ablehnt und frei von Massenvernichtungswaffen ist. ■

Parlamentarierforums von Porto Alegre und Cancún auf europäischer Ebene. Neben der Kritik an der weltweiten Liberalisierungspolitik und dem EU-Verfassungsentwurf lag auch in diesem Forum der Schwerpunkt auf der Frage, wie linke Parteien die Kooperation mit den globalisierungskritischen und Sozialbewegungen organisieren können, ohne sie zu vereinbaren. Als eine mögliche Antwort wurde herausgearbeitet, außerparlamentarische Opposition und parlamentarische Aktivitäten so zu koordinieren, dass sie sich ergänzen, um damit die gesellschaftliche Debatte breiter führen zu können. Jede der beiden Seiten hat unterschiedliche Wirkungsmöglichkeiten, die gebündelt werden müssen, um den Druck auf die herrschenden Regierungen zu erhöhen und einen Politikwechsel zu erzwingen. Hauptanliegen dieser Zusammenarbeit muss es sein, die Schieflage der aktuellen EU-Politik, die vorrangig eine marktliberale Logik verfolgt, zu korrigieren und eine sozial-ökologische Ausrichtung der Europäischen Union zu verankern.

Das Europäische Sozialforum (ESF) von Paris war nach einem anderen Konzept organisiert als das erste ESF in Florenz im Jahre 2002. Die Veranstalter/innen hatten sich gegen einen zentralen Tagungsort entschieden und das Forum auf vier verschiedene Orte in der Pariser Banlieue verteilt: Saint-Denis, Bobigny, Ivry und Paris-La Villette. Damit ging leider viel von der Atmosphäre, die Florenz geprägt hatte, verloren. Von der Präsenz der 50.000 Teilnehmer/innen war wenig zu spüren, spontane Begegnungen und Austausch wurden erschwert, es ging viel Zeit durch die Fahrt von einem zum nächsten Veranstaltungsort verloren – insbesondere für Behinderte war der Ortswechsel mühsam. Sehr positiv hingegen war das große Engagement, mit dem die Gastgeberkommunen das Sozialforum empfingen, ihre Infrastruktur für Unterbringung und Veranstaltungen zur Verfügung stellten und das Forum finanziell unterstützten. Das ehrenamtliche Dolmetscher/innen-Netzwerk Babels sorgte dafür, dass Kommunikation überhaupt möglich war und leistete über die Tage hinweg Schwerstarbeit.

Zum Abschluss des Sozialforums tagte die Versammlung der Sozialen Bewegungen Europas, um Aktionen für die kommenden Monate zu planen und vorzubereiten. Beschlossen wurde ein europäischer Aktionstag gegen die Besetzung des Iraks und die Besatzungspolitik Israels für den 20. März 2004, ein europäischer Aktionstag gegen Neoliberalismus und Sozialabbau und koordinierte Aktionen gegen den Entwurf der EU-Verfassung. ■

Vorge stellt: Synaspismos

Synaspismos ist eine griechische Linkspartei, die erst seit 1992 existiert. „Synaspismos“ bedeutet „Koalition“ und der vollständige Name lautet „Koalition der Linken und Progressiven“ und ist zugleich ein Hinweis auf die Entstehungsgeschichte der Partei. Sie ist aus einer breiten Koalition von linken und progressiven Kräften hervorgegangen, die 1989 gebildet wurde. Nachdem 1991 die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) aus diesem Bündnis wieder ausschied, entstand aus den verbliebenen Strukturen eben „Synaspismos“.

Synaspismos definierte sich selbst auf ihrem Gründungskongress im Juni 1992 als eine Partei der neuen, modernen und demokratischen Linken, die das Streben der Arbeiterbewegung nach sozialer Gerechtigkeit mit den neuen Werten der ökologischen und feministischen Bewegung verbinden will. Sie sieht sich als Partei, die einen aktiven Beitrag zur Überwindung der kapitalistischen in eine demokratisch sozialistische Gesellschaft leisten will. Sie ist pluralistisch orientiert und betrachtet die Verteidigung der Menschenrechte als nicht verhandelbar.

Einen hohen Stellenwert gibt sie der Arbeit in den sozialen Bewegungen. In den Gewerkschaften ist sie auch in den höheren Rängen vertreten. Mitglieder von Synaspismos sind darüber hinaus in allen übrigen sozialen Bewegungen gut verankert: In feministischen Organisationen, unter den Rassismus-Gegnern, den Umweltaktivisten und den Globalisierungskritikern.

Alle drei Jahre hält Synaspismos Parteitage ab. Auf ihnen werden jeweils der Parteivorsitzende und das Zentralkomitee gewählt. Dieses Zentralkomitee wählt anschließend das Politische Sekretariat. In wichtigen Fragen entscheidet aber die Partebasis direkt. Auch die Wahllisten der Partei für nationale Wahlen und für die Wahlen zum Europäischen Parlament werden direkt von den Parteimitgliedern mittels geheimer Wahlen bestimmt.

Bei den ersten Wahlen vom Oktober 1993, kurz nach der Gründung der Partei, verfehlte Synaspismos nur denkbar knapp den Einzug in das Parlament. Mit 203.000 Stimmen erreichte sie 2,94 Prozent und blieb damit mit 0,06 ganz dicht unter der 3%-Hürde. Bei der folgenden Wahl 1996

war man hingegen erfolgreicher. Mit 5,11% gelang es, insgesamt zehn Abgeordnete in das Parlament in Athen zu bringen. Einen Rückschlag bedeuteten dann aber die Wahlen im April 2000. Mit einem Ergebnis von 3,20% Wählerstimmen konnte Synaspismos nur noch sechs Vertreter in das Parlament entsenden.

Im Europäischen Parlament ist Synaspismos seit den Wahlen 1994 vertreten. Damals votierten 408.000 Griechinnen und Griechen für die Partei, was ein Ergebnis von 6,2% bedeutete. 1999 erreichte man 5,2%. Synaspismos stellt damit seit 1994 zwei der insgesamt 25 griechischen Europaabgeordneten. Sie arbeiten in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) mit.

Bei den Kommunalwahlen im Oktober 2002 bildete Synaspismos in vielen Städten, Gemeinden und Kreisen gemeinsame

Als griechische und europäische Partei, in einem Land sowohl der Mittelmeerregion als auch des Balkans arbeitend, gehört die Entwicklung breiter internationaler Kontakte zu einem der Schwerpunkte von Synaspismos. Auf der europäischen Ebene stellt das Neue Europäische Forum der Linken (NELF), das im November 1991 als europäisches Parteinetzwerk gegründet wurde, den wichtigsten Rahmen für die internationalen Beziehungen der Partei dar. Die von der NELF im Dezember 1993 angenommene Erklärung „Ein neues Europa für eine neue Welt“ ist die Basis für die Arbeit dieses Bündnisses.

Zusammen mit anderen europäischen Linksparteien, wie etwa den französischen Kommunisten, der italienischen Refondazione, der spanischen Vereinten Linken und der deutschen PDS, ist Synaspismos aktiv bemüht, noch vor den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament im



Listen mit anderen Linkskräften. In der Präfektur Athen-Piräus wurde von einer solchen, politisch breiten Liste der bekannte Widerstandskämpfer Manolis Glezos als unabhängiger Kandidat aufgestellt. Mit über zehn Prozent der Stimmen war diese Kandidatur in jener für Griechenland sehr wichtigen Präfektur erfolgreich. In unterschiedlichen Bündnis-Konstellationen, zusammen mit anderen linken und ökologischen Kräften, gelang es Synaspismos die Mehrheit in insgesamt zehn Städten zu erreichen. Geht man von der Zahl der gewählten Repräsentanten aus, so kam Synaspismos nach der sozialdemokratischen PASOK und der konservativen Partei „Neue Demokratie“ auf Landesebene insgesamt auf den dritten Platz.

Juni 2004 eine gemeinsame europäische Linkspartei zu gründen. Die Partei hat dabei die Aufgabe übernommen, den Entwurf einer politischen Erklärung für diesen europäischen Zusammenschluss auszuarbeiten.

Einen der Schwerpunkte der internationalen Arbeit bildeten in den letzten Jahren die Anstrengungen zur Förderung von Frieden und Kooperation in der Balkanregion. Auf Initiative von Synaspismos fand u.a. im Juni 1995 in Athen dazu ein „Forum der linken und progressiven Kräfte“ statt. Auch ein vergleichbares Treffen von Frauenorganisationen des Balkans im Dezember 1996 wurde von der Partei organisiert.

Andreas Wehr

Synaspismos ist im EP durch zwei Abgeordnete vertreten:

Alecos Alavanos ■ Mitglied im Ausschuss für Kultur, Jugend, Bildung, Medien und Sport.

Michalis Papagiannakis ■ Mitglied im Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik.

Gedenken in Südfrankreich

Widerstandsgruppe „Montaigne“

Ein nebliger Herbsttag in den südfranzösischen Bergen. Etwa 200 Menschen sind zur Einweihung einer neuen Gedenkstele für die antifaschistische Widerstandsgruppe „Montaigne“ in die Cevennen gekommen. Unter ihnen französische Résistance-Kämpfer, Vertreter der Region Lozère und des Départements, der deutsche Honorarkonsul aus Montpellier und viele, deren Angehörige sich an der Résistance beteiligt hatten.

Der Standort der Stele wurde gut gewählt. Inmitten von Kastanienwäldern überblickt man von einer Anhöhe unweit des kleinen Dorfes St. Romain de Tournes den Kampfplatz der ersten Auseinandersetzungen (7.-13. April 1944) dieser Résistance-Einheit mit deutschen SS-Verbänden, Feldgendarmen und ihren französischen Hilfstruppen. Das Besondere an der „Groupe Montaigne“: ihr internationaler Charakter. So sind die Namen auf dem Gedenkstein in zwei Spalten mit jeweils etwa 40 Einträgen geteilt, „Les Allemands“ und „Les Français“, unter „Die Franzosen“ fallen noch Sowjetbürger, Jugoslawen, Tschechen und Spanier, die sich an den Kämpfen beteiligten.

Beim anschließenden Empfang erklärt Monsieur Bruguerolle, der letzte noch Lebende der „Montaigne“, in nüchternen Worten, wie es zu dieser Zusammensetzung kam. Er selbst habe den Kampf zur Verteidigung des republikanischen Frankreichs gegen die Deutschen und ihre Hel-

fershelfer, die bereit waren, alle Juden und Ausländer an Nazideutschland auszuliefern, aufgenommen. Dann sei er auf die ehemaligen Spanienkämpfer gestoßen, die wie viele Jüdinnen und Juden in den Cevennen – einer Region mit langer Widerstandstradition – Unterschlupf vor der NS-Verfolgung gefunden hatten. Die Spanienkämpfer waren es auch, die die französischen Bauernsöhne und Studenten an der Waffe ausbildeten.

Immer noch zu wenig bekannt ist, dass nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch in Frankreich zahlreiche Kriegsverbrechen von Deutschen begangen wurden. Da verwundert es nicht, dass auch von Anwesenden der Gedenkfeier darauf hingewiesen wurde, dass sie im Geiste der Deutschfeindlichkeit erzogen wurden. Umso bemerkenswerter ist es, dass sie sich nun für eine deutsch-französische Verständigung stark machen.

Um die Erinnerung an den gemeinsamen internationalen Kampf gegen den Faschismus wach zu halten, setzt sich der mittlerweile über 80-jährige Bruguerolle zudem für den Aufbau eines kleinen Museums vor Ort ein. Eine deutsche Beteiligung an dieser Initiative steht noch aus. ■

Martin Hantke

Für den DRAFD (www.drafd.de: Verband Deutscher in der Résistance, in den Streitkräften der Antihitlerkoalition und der Bewegung „Freies Deutschland“ e.V.) und die Fraktion der GUE/NGL nahm der Autor dieses Berichts an der Gedenkveranstaltung am 18. Oktober 2003 teil.

Ost-Erweiterung: Abgeordnete im Gespräch mit Unternehmern

Chancen und Risiken

Unternehmer haben allgemein mit linker Politik wenig am Hut, so die weit verbreitete Meinung. Ihnen gehe es um Profitmaximierung, klare Linie, feste Preise – und das seien bei Linken nicht gar so verbreitete Ziele. Dass dem nicht ganz so ist, bewies das Treffen von Vertretern der GUE/NGL-Fraktion mit Mitgliedern von OWUS, einem Zusammenschluss von Freiberuflern, Selbstständigen, kleinen und mittleren Unternehmern am 8. November 2003 in Potsdam. Hier ging es vor allem um Vor- und Nachteile der EU-Osterweiterung aus der Sicht deutscher kleiner und mittelständischer Unternehmer. Und Linke, Unternehmer und Wissenschaftler diskutierten angeregt miteinander und fanden sehr wohl eine gemeinsame Linie. Denn einige von ihnen haben bereits prak-

tische Erfahrungen, ob in Polen oder Tschechien. Sie konnten Helmuth Markov, MdEP zustimmen, als er verdeutlichte, dass sich mit dem Anwachsen der EU nach der jetzt anstehenden Erweiterung von bislang 320 Millionen Menschen auf über 450 Millionen der Binnenmarkt zwar enorm vergrößere, dies aber nicht gleichzusetzen sei mit gleichen Wettbewerbsbedingungen. Auch innerhalb der heutigen EU sind die Wirtschafts- und Steuerpolitik nicht „vergemeinschaftet“, Lohn- und Sozialverhältnisse sind ohnehin unterschiedlich. Doch neu war für einige, dass die Voraussetzungen für wirtschaftliches Agieren mehr durch nationalstaatliche Gesetzgebung als durch europäische Rahmengesetzgebung bestimmt sind. Dr. Irina Modrow, die sich speziell mit dem Anfang

I M P R E S S U M

Europäisches Parlament



Herausgegeben
von der PDS-Delegation
in der Konföderalen Fraktion der
Vereinten Europäischen Linken/
Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)

Rue Wiertz
ASP 09 G 206
B-1047 Brüssel
Belgien
<http://www.pds-europa.de>

V.i.S.d.P. Sylvia-Yvonne Kaufmann
Redaktionsschluss: 17. November 2003
Fotos: André Brie (1, 2), Michael Pickardt
(4)
Satz & Gestaltung: Michael Pickardt
Druck: Druckhaus Schöneweide
Auflage: 10.000

der 90er Jahre an der östlichen und südöstlichen Grenzen Deutschlands gebildeten Euroregionen beschäftigt, verwies darauf, dass die Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung in den angrenzenden deutschen Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen, Thüringen und Bayern durchaus unterschiedlich zu beurteilen sei. So könne man den Protokollen der gemeinsamen Sitzungen von Vertretern der Landtage Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg vom 5. November 01 und 29.04.02 dazu einerseits „eine hoffnungslose Überforderung der zuständigen Ministerien und andererseits einen Mangel an Koordinierung an den Schaltstellen, wo es um reale Entscheidungen geht“, entnehmen. Als einzige Ausnahme sei der Freistaat Bayern zu nennen.

Offensichtlich müssen die anderen Bundesländer ihre Hausaufgaben noch machen. Zwischenzeitlich werden die kleinen Unternehmer versuchen, Sprachbarrieren zu nehmen, bürokratische Hürden zu überwinden und unter dem Dach von OWUS, mit Unterstützung der GUE/NGL-Fraktion und weiteren Erfahrungsaustausche mit Unternehmern jenseits der Grenze organisieren. Und – wie Dr. Hans Modrow, MdEP, in seinem Schlusswort feststellte – die nötige Solidarität und das erforderliche Netzwerk der kleinen Unternehmen diesseits und jenseits der Grenze aufbauen. ■

Mehr Infos dazu in dem zur Konferenz erscheinenden Reader, zu bestellen unter www.owus.de